

## LESERBRIEFE

## Bremser an wichtigen Stellen

**Dietrich Lohrmann schreibt zum Artikel „Steinbruch soll bald Wärmebunkern“:**

Verlorene Heizungswärme bleibt in der Energiepolitik eines der dringendsten, leider auch schwierigsten Probleme. Studien belegen, dass auf diesem Gebiet am meisten zu tun ist und viele neue qualifizierte Arbeitsplätze entstehen müssen, um die nötigen Isolierarbeiten an unseren Häusern auszuführen.

In diesem großen Rahmen sticht das Speicherprojekt des Walheimer Ingenieurs Eckard Köppel als wahres Leuchtturmprojekt ins Auge, und man freut sich, dass die Stawag sich der Sache annehmen will.

Am Ende des Artikels erfährt man aber, dass eine funktionstüchtige Solaranlage auf Anweisung der Stadt vom Dach einer Schule in

Walheim entfernt werden soll. Vorwand Sicherheit. Ein Schildbürgerstreit, sämtliche Physiklehrer und fachkundigen Handwerker der Stadt müssten protestieren, die grünen Stadtväter und Stadtmütter natürlich auch.

Welchen Eindruck machen solche Maßnahmen auf die Schüler und Eltern, die mitgeholfen haben, die Anlage zu installieren und zu finanzieren?

Die neue Mehrheit der grünen Stadträte müsste solche Tendenzen so bald wie möglich blockieren. Pflichtlektüre für alle sollte ein Artikel in „Neue Energie. Magazin für Klimaschutz und erneuerbare Energien“ vom Dezember 2020 werden, wo es um Fachkräfte für die Energiewende geht und die hemmenden Kräfte in den Ministerien. An wichtigen Stellen in deutschen Verwaltungen sitzen immer noch die Bremser.

## Um ein Jahrzehnt vertan

**Heiner Jüttner hat eine Korrektur zu seinem Leserbrief „Keine neue Idee“:**

Leider ist mir eine peinliche Panne unterlaufen: Ich habe mich um

ein Jahrzehnt vertan. Die Grünen zogen schon 1984 und nicht erst 1994 erstmals in den Stadtrat ein, und der Beschluss zur Einrichtung eines Umweltdezernates erfolgte 1986 und nicht 1996.

## Unwürdiges Trauerspiel

**Dieter Jaeger bezieht Stellung zum Bericht „Verloren im Dickicht der Ausweisvorschriften“:**

Ich kenne Sory Barry persönlich und kann bestätigen, dass er ein strebsamer junger Mann ist, der seiner Arbeit als Krankenpfleger mit Sorgfalt und Begeisterung nachgeht. Er ist hierher geflohen, weil es nach dem Raubmord an seinem Vater, wobei auch er, damals noch ein Jugendlicher, schwer verletzt wurde, für ihn keine Lebensgrundlage mehr in seiner Heimat gab. Das ist schon traurig genug. Was das Ausländeramt nun abzieht, kann man nur noch als unwürdiges Trauerspiel bezeichnen. Was soll das ganze Getue mit dem Pass? Sory hat eine Geburtsurkunde und auch einen Ersatzausweis der malischen Botschaft, er war bereits zweimal in Berlin, um die Austellung eines Passes zu erwirken. Erfollos, weil die Botschaft das Dokument nicht ausstellen darf. Voraussetzung ist nach malischem Recht nämlich der Besitz eines NINA-Dokuments, vergleichbar mit einem

Personalausweis. Dieses Dokument kann aber nur eine Gemeindeverwaltung in Mali ausstellen, und das auch nur, wenn der Befreitende dort mehr als sechs Monate ansässig war. Das alles weiß das Ausländeramt, denn dieses Problem haben mehrere Millionen Malinesen in Europa. Das deutsche Ausländerrecht sieht in diesen Fällen die Ausstellung eines Ersatzdokuments vor. In dieser Situation gibt es also keinen nachvollziehbaren Grund, dieses Dokument zu verweigern. Ob das Ausländeramt nun aus bürokratischer Bräsigkeit oder gar aus rassistischen Motiven handelt, mir als deutschem Staatsbürger und leidenschaftlichem Aachener darf es nicht gleichgültig sein, wenn sich in unseren Behörden wieder der alte Geist der Inhumanität, des Schikanierens und Kujonierens von Untertanen ausbreitet. Das würde am Ende auch uns Einheimische treffen. Deshalb ist für mich die Angelegenheit auch erst dann beendet, wenn die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen wurden.

## Praktikum wäre hilfreich

**Monika Manthey stellt einen Zusammenhang her zwischen unseren Berichten „Altenheime vor dem Katastrophenfall“ und „Verloren im Dickicht der Ausweisvorschriften“ über einen Flüchtling aus Mali:**

Wie sollen wir Bürger das verstehen: Da wird in einem ganzseitigen Artikel der Gesundheitsdezernent der Städteregion Michael Ziemons zitiert mit dem dringenden Hilferuf, dass ein jeder „mit einer relevanten Ausbildung (im Bereich Altenpflege und Gesundheitswesen) sich in das Freiwilligenregister eintragen“ soll, um die akute Personalnot in den Altenheimen lindern zu helfen. Dass unser Gesundheitsdezernent sich Sorgen macht, ist verständlich, und dass er die Bürger zu Engagement auffordert, ist sehr begrüßenswert. Aber hat er auch schon über den Flur seines Amtes gerufen? Rüber zum Ausländeramt der Städteregion? Vielleicht hat man ihn da einfach nicht gehört.

Wie sonst ist zu erklären, dass dort gerade hartnäckig daran gearbeitet wird, eine ebensole Fachkraft mit einer relevanten Ausbil-

dung im wahrsten Sinne des Wortes in die Wüste zu schicken? Nicht zum ersten Mal berichtet die Zeitung von unfassbaren bürokratischen Klimmzügen im Ausländeramt. Erst vor wenigen Wochen konnte durch öffentliche Empörung die Rückführung eines afghanischen Malerlehrlings gerade noch verhindert werden, nun soll ein gelernter fest angestellter malischer Altenpfleger wegen angeblich fehlender Ausweispapiere die Stadt verlassen müssen.

Wenn es tatsächlich „nicht erforderlich ist, in das Heimatland zu reisen, um ein solches Ausweisdokument zu beschaffen“ (Zitat

## Bezirksvertreter machen Tempo

In der Bezirksvertretung Aachen-Mitte werden viele Themen in nur 44 Minuten behandelt. Pläne für Lintertstraße finden wegen wegfallender Parkplätze keine Zustimmung.

von WERNER CZEMPAS

**AACHEN** Corona-Aerosole hatten kaum eine Chance, im Ratssaal Beute zu machen, da war die Sitzung der Bezirksvertretung Aachen-Mitte schon zu Ende. Im Eiltempo hakteten die Politiker in 44 Minuten die Tagesordnung ab.

„Unverantwortlich!“ schimpfte dennoch Klaus-Dieter Jakoby von der CDU, dass die Sitzung im Rathaus stattfinde. Als Vorsitzender des Betriebsausschusses Eurogress wusste er einen pandemiegeschützteren Ort: das Eurogress. Das habe die Politik angeboten, jederzeit dorthin ausweichen zu können, kostenlos, mit Platz für sicheren Abstand, perfekt gelüftet. „Das komplette Eurogress steht heute leer“, erzählte Jakoby.

Zwar saßen auch im schlecht zu belüftenden musealen Ratssaal die 19 schutzmaskierten Bezirksvertreter so weit wie möglich auseinander, doch mit Verwaltung, Publikum und Presse kamen runde 30 Leute zusammen. Auch dem Bezirksbürgermeister Achim Ferrari (Grüne) war das nicht geheuer: „Ich wollte die Sitzung ausfallen lassen. Wir können der Bevölkerung nicht sagen, sie soll sich nicht treffen und sitzen hier beieinander. Von der Verwaltung bin ich gebeten worden, die Sitzung stattfinden zu lassen, weil die Tagesordnungspunkte wegen Dringlichkeit behandelt werden müssen. Ich bitte, Diskussionen nicht unnötig zu verlängern.“

So eingestimmt hatte von der Handvoll Zuhörer denn auch keiner die Traute, in der Einwohnerfragestunde eine Frage zu stellen. Also, ging's direkt zum nächsten Thema: Stadtteilplatz an der Lothringerstraße zwischen Alfons- und Friedrichstraße. Der soll beim Ausbau der Lothringerstraße zu einer Fahrradstraße und der Anlage eines Premiumpfufsweges vom Markt bis zum Frankenberger Park für eine knappe Million Euro aufgehübscht werden. Elf Parkplätze fielen weg, was CDU und FDP kritisierten. Joachim Moselage (FDP): „Das ist in dieser Ecke unmöglich, die Leute müssen irgendwo parken können. Im Übrigen



Die Pläne der Verwaltung für die „Protected Bike Lane“ entlang der Lintertstraße finden bei den Bezirksvertretern keine Zustimmung.

ARCHIVFOTO: MICHAEL JASPER

gen ist die Maßnahme schlicht zu teuer.“ Doch eine von Grünen und SPD getragene Mehrheit stimmte für einen neuen Platz unter Wegfall der Parkplätze. Das Thema stand dann gestern Abend im Planungsausschuss zur Entscheidung auf dem Programm (> Berichterstattung in der Samstagsausgabe).

**„Eine bodenlose Frechheit“**

Ende, nächste Dringlichkeit: Radweg entlang der Lintertstraße zwischen Adenauerallee und Schönforststraße im Rahmen der Rad-Vorrang-Route Brand. Die Verwaltung favorisiert eine Variante 1 mit einem Beidrichtungsradweg auf der stadtauswärtigen südlichen Seite, drei Meter breit plus einem 0,50 Meter breiten Sicherheitsstreifen mit baulichen Trennelementen zur Fahrbahn hin, was auf Neudeutsch „Protected Bike Lane“ heißt. Aus für 53 Parkplätze. Bei einer anderen Variante blieben von 92 Parkplätzen 13 übrig.

Was den Bezirksvertreter Klaus-Dieter Jakoby erneut in Rage versetzte. Eine „Unverschämtheit, eine bodenlose Frechheit“ sei der Hinweis einer Studie, in nahen Garagen und Straßen seien genügend Parkplätze zu finden. Jakoby, eingedeckt mit E-Mails besorgter Bürger, appellierte an die Verwaltung: „Sprechen Sie mit den Bürgern vor Ort, schauen Sie sich die Ecke an, prüfen Sie genauer!“ SPD-Bezirksvertreter Patrick Deloie bezeichnete alle Vorschläge als „unausgegoren“. Sie hätten „enorme Defizite“. AfD-Vorstand Dimitri Gabriel urteilte nach seinen Gesprächen mit Anwohnern: „So funktioniert das nicht.“ So fand sich für den Beschlussvorschlag, dem Mobilitätsausschuss die Variante 1 zu empfehlen, keine Mehrheit.

Punkt erledigt, neue Dringlichkeit: Ausbau der Hubertusplatz und Jakobstraße verbindenden Stromgasse, insbesondere der Gehwege, nach umfangreichen Erneuerungsarbeiten der Regionet (Stawag). Keine Wortmeldung, Ausbau zu-

gestimmt, nächster Punkt: Offenlagebeschluss Bebauungsplan Antoniusstraße. Trotz der „wichtigen Sache“ (Ralf Otten) hielten sich die Bezirksvertreter nicht länger damit auf. Bei einer Gegenstimme empfahlen sie dem gestern Abend in der Sache entscheidenden Planungsausschuss (> Berichterstattung in der Samstagsausgabe), die öffentliche Auslegung des Bebauungsplans mit der Konzentration der Prostitution in mehreren möglichen verkürzten Abschnitten zu beenden. Das Nein kam von Joachim Moselage von der FDP. Der Offenlage eines Bebauungsplans, „der die Prostitution in der Antoniusstraße vorsieht“, könne er nicht zustimmen, wobei er auf die „Bedenken der Polizei und des früheren Oberbürgermeisters“ hinwies.

Noch zwei, drei schnelle „Mitteilungen“, Ende der Sitzung in rekordverdächtigen 44 Minuten. Joachim Moselage sprach: „Die Dauer der Sitzung könnte man zum Vorbild nehmen.“

## Preis für bildende Künstler ausgelobt

Bewerbungen werden bis 30. April entgegengenommen

**AACHEN** Die Stadt Aachen schreibt gemeinsam mit dem NRW-Kultusministerium und seinen Mitgliedsstädten für das Jahr 2021 zehn Preise im Sinne einer Förderung für bildende Künstlerinnen und Künstler aus den Sparten Malerei, Skulptur, (Video-)Installation, zeitbasierte Medien und Fotografie in der Gesamthöhe von bis zu 50.000 Euro aus. Die Preisgelder werden als Stipendien vergeben und betragen 5000 Euro je Künstler und Mitgliedstadt. Insgesamt werden bis zu zehn Künstler aus zehn Mitgliedsstädten ausgewählt.

Die Ausschreibung richtet sich an einzelne Künstlerinnen und Künstler, die eine künstlerische Ausbildung (Hochschule, Akademie, Meisterklasse etc.) genossen haben und/oder eine Reihe von Ausstellungen in Museen, Kunsthallen, Kunsterien etc. vorweisen können. Die Bewerber müssen zum Zeitpunkt der Bewerbung das 50. Lebensjahr vollendet und ihren Wohnsitz in der Mitgliedstadt haben, in der sie sich bewerben. Künstler, die sich im Jahr 2020 beworben haben, sind herzlich eingeladen, sich erneut zu bewerben. Davon ausgenommen sind die Cityartists-Preisträger 2020.

Gültig sind ausschließlich digitale Bewerbungen, die per E-Mail beim jeweils zuständigen Kulturamt/Kulturbüro eingehen. Die Bewerbung (maximal 12 Seiten und in einem PDF zusammengefasst) soll enthal-

ten: ihren künstlerischen Lebenslauf mit aussagekräftigen Angaben zur Ausbildung und zu Ausstellungen (maximal 2 Seiten) sowie Referenzen und Werkbeispiele. Internetverweise sind möglich, jedoch nicht maßgeblich. Ergänzend zum Bewerbungs-PDF wird ein Anschreiben (maximal 2 Seiten in einem PDF) erwartet, in dem u. a. die beabsichtigte Verwendung des Preisgeldes für ausschließlich künstlerische Zwecke dargelegt wird. In dem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass für die Jurys neben den Angaben zur Verwendung des Preisgeldes vor allem die Arbeiten der Künstlerin/des Künstlers maßgeblich sind. Sofern nicht anders verfügbar, kann dem Kulturamt/Kulturbüro fristgerecht ergänzendes Material in analoger Form bereitgestellt werden.

**Entscheidung im September**

Die Ausschreibungsfrist endet am 30. April 2021. Später eingehende Einreichungen werden nicht berücksichtigt. Die Entscheidung der zentralen Jury wird spätestens am 30. September 2021 getroffen. Die Preisverleihung erfolgt Anfang Oktober 2021. Aachener Bewerber senden ihre digitale Bewerbung bitte an info@ludwigforum.de.

Alle Infos zur Ausschreibung sowie auch weiterführende Links zu den Preisträgern 2020 finden sich auf der Webseite www.cityartists.de.



Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen nimmt die Wünsche der Aachenerinnen und Aachener zum Thema Europa entgegen.

FOTO: STADT AACHEN/ANDREAS HERRMANN

## Wünsche zur Europapolitik

OB Keupen will regionale Anliegen aufgreifen

**AACHEN** Mehr als 100 Aachener Bürger und Bürgerinnen haben von September bis Dezember vergangenen Jahres ungefähr 400 einzelne Quadrate für einen großen Wunschkunstbaum mit Wünschen zur Europapolitik gestrickt. „@aachener.wunschkunstbaum“ hieß diese Aktion.

Begleitet wurde das Projekt, eine Kooperation des Europe Direct Büros Aachen mit Görg & Görg – Wolle und Knöpfe, von der Aachener Künstlerin Monika Nordhausen.

Mittels dieses „Urban Knittings“ entstand nicht nur ein imposanter textiler Baum, sondern es kamen auch rund 60 individuelle Wünsche zur Europapolitik zusammen, die nun an Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen übergeben worden sind: von Kritik an der Asylpolitik und die Einhaltung demokratischer Werte über die Einführung einer Finanz-